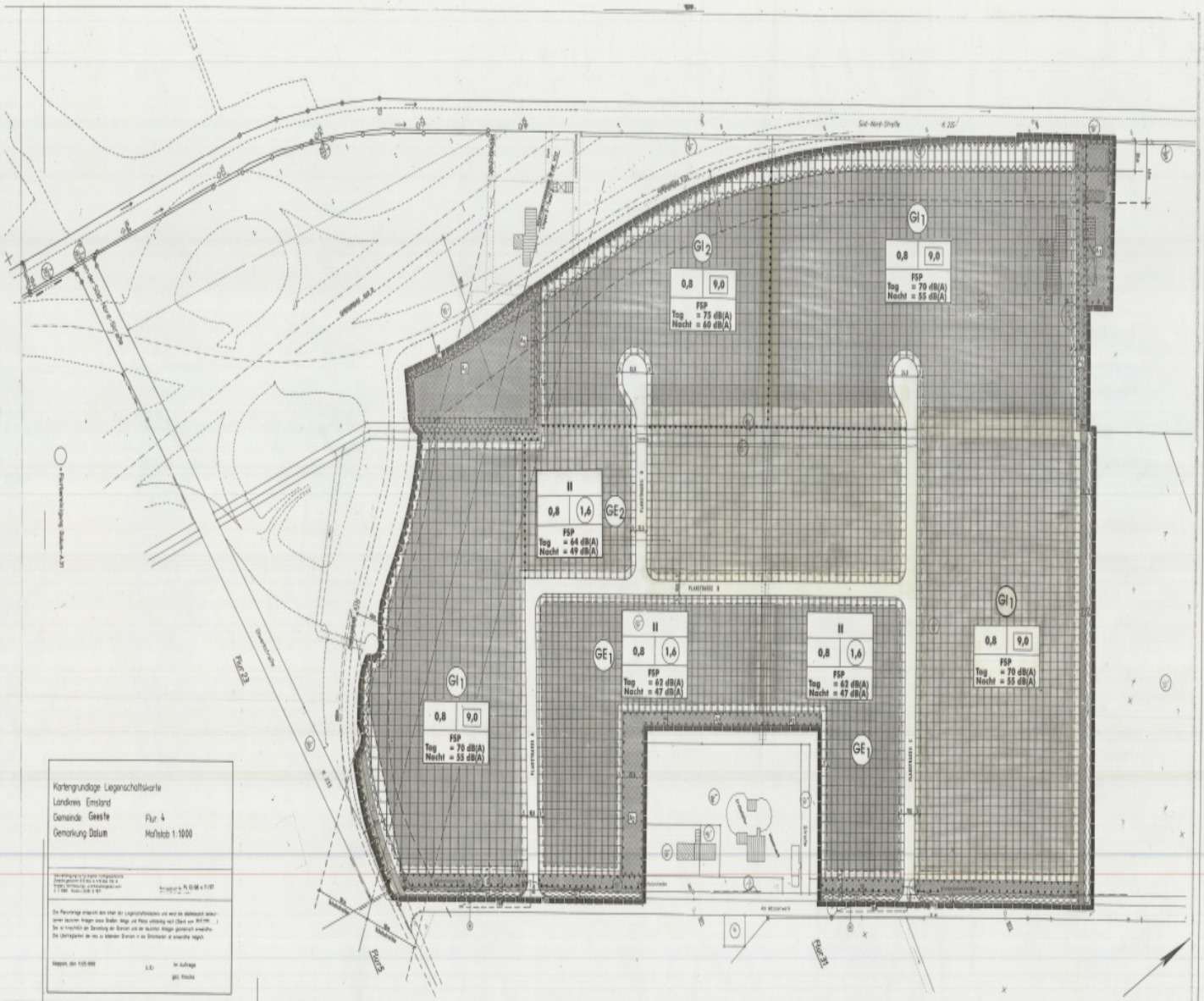

GEMEINDE GEESTE - LANDKREIS EMSLAND

BEBAUUNGSPLAN NR. 107

BAUGEBIET: "INDUSTRIEGEBIET AN DER BAB A 31"

1. VEREINF. ÄNDERUNG

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 und 11 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Geeste die 1. vereinf. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 107 "Industriegeb. an der BAB A 31", bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Geeste, den

Bürgermeister — Gemeindedirektor

Textliche Festsetzungen

§ 1 Flächenbezogene Schallleistungspegel

1. In den Industrie- und Gewerbegebieten sind nur Betriebe und Anlagen zulässig, deren Schallemissionen je m² Grundstücksfläche die folgenden Werte des flächenbezogenen Schallleistungspegels (FSP) nicht überschreiten. Dabei gilt für tags:

GI 1 - Gebiet	tags	=	70 dB(A) m²
	nachts	=	55 dB(A) m²
GI 2 - Gebiet	tags	=	75 dB(A) m²
	nachts	=	60 dB(A) m² und für die
GE 1 - Gebiet	tags	=	62 dB(A) m²
	nachts	=	47 dB(A) m²
GE 2 - Gebiet	tags	=	64 dB(A) m²
	nachts	=	49 dB(A) m²

(§ 1 Abs. 4 BauNVO)

2. Die im Rahmen flächenbezogenen Schallleistungspegels (FSP) können die Emissionskontingente überschritten werden, wenn nachgewiesen wird, daß die Überschreitungen durch Maßnahmen bzw. Gegebenheiten (z.B. an der Lärmquelle organisatorische Maßnahmen oder Hindernisse durch andere Gebäude) ausgeglichen wird. Die eine freie Schallausbreitung vermeiden.

§ 2 Ausnahmsweise zulässige/mögliche Nutzungen nach § 8 und 9 BauNVO

Die in dem Industriegebiet nach § 9 Abs. 3 Nr. 2 und in den Gewerbegebieten nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 vorgesehenen Ausnahmen sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

§ 3 Oberflächenentwässerung auf privaten Flächen

Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 107 ist die auf den befestigten Flächen anfallende Niederschlagswasser durch bauliche oder technische Maßnahmen auf den privaten Grundstücken zu versickern.

Die Errichtung von zulässigen Sammelvorrichtungen für Nutzwasser (z.B. Speicher bzw. die Einbindung von Brauchwasser bleiben hiervon unberührt. Eine schadlose Versickerung ist sicherzustellen. Die Unterschrift des § 9 NWG zur Verpflichtung der Bauherrn oder der Beseitigung einer wasserwirtschaftlichen Belastung bleiben unberührt.

§ 4 Grünordnerische Festsetzungen

1. Auf der mit (A) bezeichneten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind die standortheimischen Gehölzarten, die im Grünordnungsplan unter (B) aufgeführt sind.
2. Auf der mit (A) bezeichneten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind die standortheimischen durchzuführen, die im Grünordnungsplan unter (B) aufgeführt sind.
3. Auf der mit (A) bezeichneten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sind die im LRP zum BAB A 31 festgelegten Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen.
   Bei Bau der Kläranlage einer Teilfläche mit standortgerechten, heimischen Gehölzen zugewiesenen.
4. Auf der mit (A) bezeichneten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sind die im LRP zum BAB A 31 festgelegten Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen.
   Auf extensivem Grünland ist eine Obstwiese anzulegen.
5. Innerhalb der Straßenverkehrsflächen sind die im Grünordnungsplan unter (B) beschriebenen Maßnahmen durchzuführen.

§ 5 Grundflächenbeschränken

Die Grundfläche innerhalb der Teilfläche GI 1, östlich der Parzellen A, sind nur bis zu einer Ein- und Ausfahrt zur Grundstücke von max. 15 m Breite zu erschließen. Um die Ein- und Ausfahrt zu den Grundstücken zu ermöglichen, ist die an den Grundstücken verbundene Schallleistungspegeln mit einem Durchlaß von gleicher Breite zu versehen.

§ 6 Ausnahmen nach § 31 (1) BauGB

Die Baugenehmigungsbehörde kann im Einvernehmen mit der Gemeinde, daß Ihre erhöhen die Baugrenze auch mehr als 3,00 m, jedoch nicht mehr als 10 % der Grundstücke des Betriebes bis zulassen.

Hinweise

Für diesen Bebauungsplan gelten

1. Die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) i.d.f. vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132).
2. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten auf die gesamten Planungsfläche ur- und frühgeschichtliche Funde sowie Hinde aus der Zeit, da auf dem Gebiete die Brut- und Hangplatzgemeinschaft (Bienen sowie) gemacht werden, sind diese unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde, die nächstgelegene oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen (§ 14 Abs. 1 NDSchG).
   Bodenfunde und Anhäufen sind bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für freien Schutz ist lange zu Klüpfe, wenn sich die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung die Arbeiten gestattet (§ 14 Abs. 2 NDSchG).
3. Grenzbäume wachsen und südlich des Rangierweges verlaufen die K 225 und die K 223. Von diesen Straßen können Immissionen ausgehen. Für die in ihnen die diesen Straßen evtl. hieraus Anlagen können von dem Straßenbaulastträger keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich weitergehenden Immissionsschutzes geltend gemacht werden.
4. Innerhalb der Anbaubeschränkungszone in Abstand von 100 m vom befestigten Fahrbahnrand (Randstreifen) der Bundesautobahn 31 sind der zuzugelassenden Anschlußerweiterungen. Sollten Werbeanlagen im Bereich zu dieser nicht errichtet werden (§ 9 Abs. 6 NBauO). Hiervon ausgenommen ist lediglich Werbung am Ort der Leistung. Die entsprechenden Genehmigungen der Zustimmung des Straßenbaulastträgers Genehmigungen der Zustimmung des Straßenbaulastträgers bedarf.
5. Von der geplanten Bundesautobahn 31 gehen erhebliche Immissionen aus. Für die von geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich immissionsschutz geltend gemacht werden.
6. Bei evtl. Betroffenheiten an auf das im Rangierbahn vorhandene Niederschlagswasser, das die Einleitung des im rechtwinkligen Parkbereich vorhandenen Gerichts dient, Rücksicht zu nehmen, damit Schäden und örtliche vermieden werden. Schutzmaßnahmen in der Höhe der Versorgungsleitungen sind von Hand auszuführen.
7. Die Schallwände sind von einheitlichem baulichen Anlagen und Bepflanzungen freizuhalten. Innerhalb der Schallwände ist jegliche Nutzung ebenfalls 0,50 m unzulässig.

Umgrenzung von Flächen für die Regelung des Wasserabflusses

Vorfluter - Bewässer II. Ordnung

Einfahrtsbegrenzungslinien

Parzellierungsvorschlag

Parzellierungsvorschlag gem. § 7 der Verordnung über die Ausarbeitung von Inhalt, Form und Art der Darstellung des Bauleitpläne vom 16.12.1990 (BGBl. I, S. 58).

Art der baulichen Nutzung

GI — Industriegebiet
Überbaubare Grundstücksfläche
Nicht überbaubare Grundstücksfläche
z.B. GI 1 — Nummer des Industriegebietes

GE — Gewerbegebiet
Überbaubare Grundstücksfläche
Nicht überbaubare Grundstücksfläche
z.B. GE — Nummer des Gewerbegebietes

Maß der baulichen Nutzung

I — Zahl der Vollgeschosse (Höchstwert)
0,8 — Grundflächenzahl (GRZ)
1,6 — Geschoßflächenzahl (GFZ)
o.B. — Bauweise offen (BauNVO)
FSP — Flächenbezogener Schallleistungspegel tags und nachts, höchstzulässige Schallemission je m² Grundstücksfläche innerhalb der industrie- und Gewerbegebiete in dB(A)

Baugrenzen

Baugrenze

Verkehrsflächen

Straßenverkehrsfläche
Straßenbegrenzungslinie
Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Grünflächen

Grünfläche (öffentlich)
Bäume
Gewässerrandstreifen gem. § 91 a NWG

Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)
A 1 — Fläche für Ausgleichsmaßnahmen - Lauf Grünordnungsplan ist eine Baum-Strauchhecke anzulegen.
A 2 — Fläche für Ausgleichsmaßnahmen - Lauf Grünordnungsplan ist eine Baum-Strauchhecke anzlgs.
Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern. (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)
Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
A 3 — Fläche für Ausgleichsmaßnahmen - Lauf Grünordnungsplan ist eine Wallhecke anzulegen.
A 4 — Fläche für Ausgleichsmaßnahmen - Lauf Grünordnungsplan ist auf extensivem Grünland eine Obstwiese anzulegen.

Sonstige Parzellen

Umgrenzung von Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind.
- 20 m Bauverbotszone gem. § 24 Abs. 1 NStrG
Schallwände
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Nachrichtliche Angaben

100 m/ 40 m Anbauverbotszone gem. § 9 Abs. 3 FStrG und § 24 Abs. 1 NStrG
Bei Errichtung von Werbeanlagen in dieser Zone ist das Straßenbauamt zu beteiligen.
Richtfunktrasse der Deutschen Telekom mit Schutzstreifen
Allgemeine unterschiedlicher Nutzung

GEMEINDE GEESTE
- BAUAMT -
Beschlußvermerk
Geeste, den 02.07.1999

Gemäß § 2 (1) BauGB in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Geeste in seiner Sitzung am 22.07.1999 die Änderung des seit dem 16.03.1998 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 107 "Industriegebiet an der BAB A 31" beschlossen.

Geeste, den 16.09.1999

gez. Brinkmann
Gemeindedirektor

Die vereinfachte Änderung des seit dem 16.03.1998 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 107 "Industriegebiet an der BAB A 31" wird gemäß §§ 6 und 10 BauGB in Verbindung mit den §§ 6 und 40 NGO in der nur Zeit gültigen Fassung in der Sitzung am 22.07.1999 als Satzung beschlossen.

Geeste, den 16.09.1999

gez. Brinkmann
Gemeindedirektor

Bekanntgemacht und dem in Kraft getreten gemäß § 10 BauGB im einzelnen für den Landkreis Emsland Nr. 20 vom 31.08.1999

Geeste, den 15.09.1999

gez. Brinkmann
Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Änderung ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen der Änderung - nicht - geltend gemacht worden.

Geeste, den 04.04.2000

gez. Lehmeier
Gemeindedirektor
Bürgermeister

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung - nicht - geltend gemacht worden.

Geeste, den 04.04.2006

gez. Lehmeier
Gemeindedirektor
Bürgermeister

GEMEINDE GEESTE - LANDKREIS EMSLAND

BEBAUUNGSPLAN NR. 107

BAUGEBIET: "INDUSTRIEGEBIET AN DER BAB A 31"

1. VEREINFACHTE ÄNDERUNG